Erzbischof: Irakische Regierung tut nichts für die Versöhnung

23. Februar 2017

Köln (KNA) Die irakische Regierung tut aus Sicht des chaldäisch-katholischen Erzbischofs Baschar Warda zu wenig für eine Versöhnung der Religionen im Land. Bagdad konzentriere sich ausschließ- lich auf die Bekämpfung der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS), lasse es aber zu, dass Christen und Jesiden weiterhin benachteiligt würden, sagte der Erzbischof von Erbil am Mittwoch dem Kölner domradio. Die Europäer rief Warda auf, mehr politischen Druck auf die irakische Führung auszu- üben, um sie zu einer genaueren Beachtung der Menschenrechte religiöser Minderheiten zu bewegen. Während der IS-Besetzung Mossuls hätten sich auch Bürger der Stadt an der Ausplünderung und Ermordung christlicher Familien beteiligt, so der Erzbischof. Andererseits genössen die Christen aber auch breites Vertrauen in der irakischen Gesellschaft. Doch wenn christliche Familien weiter wie bisher in Scharen das Land verließen, werde es im Irak bald kein Christentum mehr geben. Schwere Vorwürfe erhob Warda gegen die Amerikaner. Diese hätten ihre Truppen abgezogen und ein gespaltenes Land mit wuchernder Korruption hinterlassen. „Die USA haben eine moralische Verpflichtung für das, was hier passiert, und sie müssen ihren Job zu Ende bringen“, sagte Warda.

(KNA – rkmmm-89-00085)

Stand: 25. November 2026